



ARTIKEL

Presseschau ● 13.09.2023

Der neue Heimatindex in den Medien

Zweimal jährlich lässt der GVB die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Lebensumständen abfragen. Über die neue Erhebung berichteten u.a. die „dpa“, „SZ“, „BILD“ sowie das „Straubinger Tagblatt“

„Deutsche Presse-Agentur“

Die „Deutsche Presse-Agentur“ schreibt, dass die wirtschaftliche Lage laut „Heimatindex“ bislang offenbar keinen Effekt habe – wohl aber würden sich Extremwetter und Infrastrukturmängel niederschlagen. Bayerns Bürgerinnen und Bürger seien nach wie vor zufriedener mit ihren Lebensumständen als die Bevölkerung im restlichen Deutschland. Doch die Zufriedenheit nehme in manchen Bereichen stark ab. Dazu würden sowohl der Zustand der Umwelt als auch die Zufriedenheit mit Infrastruktur und Verkehr zählen. Der „Heimatindex“ folge dem Vorbild der in der Finanzbranche üblichen Indizes. Abgefragt würden aber nicht Wirtschaftsdaten, sondern die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben und Lebensumständen in mehreren Unterkategorien. Der Index habe in diesem Sommer im Gesamtsaldo bei 66 Punkten gelegen, die „allgemeine Lebenszufriedenheit“ in Bayern bei einem Wert von 74 Punkten. Das seien 15 Punkte mehr als im restlichen Deutschland.

Die Agenturmeldung erschien so oder ähnlich in „Donaukurier“, „Mittelbayerische Zeitung“ und „Passauer Neue Presse“ sowie auf vielen überregionalen Medienportalen wie faz.de und zeit.de.

„Süddeutsche Zeitung“

Die „Süddeutsche Zeitung“ griff ebenfalls die aktuelle Umfrage auf. Sie zeige, wie die Bevölkerung ihre Lebensumstände bewertet. Demnach habe der „Heimatindex“ in diesem Sommer im Gesamtsaldo bei 66 Punkten gelegen, in Bayern jedoch bei einem Wert von 74 Punkten. Das sind 15 Punkte mehr als im restlichen Deutschland. Am zufriedensten seien die Oberfranken und die Unterfranken, die im Saldo 77 beziehungsweise 75 Punkte vergaben. In Mittelfranken und der Oberpfalz lag der „Heimatindex“ mit 72 Punkten am niedrigsten, die übrigen drei Regierungsbezirke rangierten in der Mitte. „Die Bayern sind insgesamt zufrieden, aber sie beurteilen ihr Umfeld und die Infrastruktur vor Ort zunehmend kritischer“, wird GVB-Präsident Gregor Scheller im Artikel zitiert.

„Münchner Merkur“

„Mir san mir - und in Bayern ist alles besser: Beim Heimatgefühl kann man den Menschen im Freistaat eigentlich nichts vormachen. Doch Obacht: Der Rest der Republik holt auf - vor allem, was die Lebenszufriedenheit anbelangt“. So leitet der „Münchner Merkur“ seinen Artikel über die aktuelle Erhebung des Heimatindex ein. Der Index werde von den bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken halbjährlich erhoben und sei leicht rückläufig. Die Bayern seien insgesamt zufrieden, aber sie würden ihr Umfeld und die Infrastruktur vor Ort zunehmend kritischer beurteilen. Präsident Gregor Scheller fordere dazu auf, diesen Trend ernst zu nehmen.

„BILD München“

„BILD München“ titelt „Zufriedenheit lässt nach“: Die Menschen in Bayern seien grundsätzlich glücklicher als die Bewohner anderer Bundesländer. Das habe der neue „Heimatindex“ der Volks- und Raiffeisenbanken ergeben, schreibt das reichweitenstarke Boulevardblatt. Doch habe die Zufriedenheit in den Bereichen Umwelt, Infrastruktur und Verkehr abgenommen. Kritik habe es auch bei Gesundheitsversorgung und Einkaufsmöglichkeiten gegeben.

„Straubinger Tagblatt“

Das „Straubinger Tagblatt“ schreibt, dass die neue Erhebung des „Heimatindex“ Schwachstellen bei Infrastruktur und Umwelt aufzeige. Die zahlreichen Krisen und Probleme der letzten Jahre hätten auch bei der an sich robusten Lebenszufriedenheit der Bayern ihre Spuren hinterlassen. Der Index zeige sich mit 66 Punkten leicht rückläufig. Bemerkenswert sei, in welchen Teilindizes die Zufriedenheit abgenommen hat. So werde der Zustand der Umwelt von den Befragten nur noch mit 57 Punkten (minus fünf Zähler) und die Verkehrsinfrastruktur mit 47 Punkten (minus zehn) besonders schlecht eingeschätzt. Mit nur 46 Punkten (minus acht Zähler) werde zudem die Gesundheitsversorgung „nicht gerade positiv“ bewertet. Der mutmaßliche Grund sei, dass Anfang des Jahres teilweise Medikamente für Kinder nicht oder schwer lieferbar gewesen seien.